

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der

38. Sitzung

der

XXII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 07. September 2022

15.02 Uhr - 19.42 Uhr

Tagesordnung

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 5141)

Dringliche Anfrage des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Hubschrauberrettungsdienst (Zahl 22 - 1122) (Beilage 1514)

Begründung der Dringlichkeit: Markus Ulram (S. 5142)

Abgabe einer Stellungnahme: Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (S. 5146)

Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 5150), Johann Tschürtz (S. 5154), Robert Hergovich (S. 5155), Patrik Fazekas, BA (S. 5158), Georg Rosner (S. 5161), Dr. Roland Fürst (S. 5163)

Beginn der Sitzung: 15 Uhr 02 Minuten

Präsidentin Verena Dunst: Meine Damen und Herren! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Herr Landesrat! Frau Landesrätin! Vor allem aber natürlich Hoher Landtag, meine Damen und Herren Abgeordneten, ich darf Sie herzlich begrüßen und darf damit schon die 38. Sitzung des Burgenländischen Landtages eröffnen.

Diese Sitzung habe ich aufgrund eines der Landtagsabgeordneten Klubobmann Markus Ulram, Mag. Thomas Steiner, Gerald Handig sowie Frau Dipl.Päd.DI. DI Carina Laschober-Luif, Melanie Eckhardt, Walter Temmel, 2. Präsident Georg Rosner, Patrik Fazekas, BA, DI Julia Wagentristl, BSc, Johannes Mezgolits, Mag. Christoph Wolf, MA, gemäß § 54 Abs. 2 GeOLT gestellten Verlangens einberufen.

Die Beschlussfähigkeit, Hoher Landtag, ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 37. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Meine Damen und Herren! Ich darf für die heutige Sitzung zwei Abgeordnete entschuldigen. Das ist die Frau DI Julia Wagentristl, BSc (*Abg. DI Julia Wagentristl, BSc: Nein, ich bin anwesend.*) super sehr gut, also ich ziehe Ihre Abwesenheit zurück und entschuldigt ist nur die Frau Abgeordnete Melanie Eckhardt, MSc.

Meine Damen und Herren! Wie immer darf ich Sie darauf verweisen, dass die Bekanntgabe des Einlaufes sowie die Zuweisung Ihnen ja gemäß § 56, Abs. 3a GeOLT mittels digitalen Versands und als Aushang zur Kenntnis gebracht wurde.

Ebenso ist eine Veröffentlichung auf der Homepage des Burgenländischen Landtages erfolgt. Ich darf daher an dieser Stelle bezüglich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen auf diese verteilte Mitteilung verweisen.

Meine Damen und Herren! Ich darf darauf hinweisen, dass eine dringliche Anfrage eingelangt ist. Die dringliche Anfrage ist von Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, Zahl 22 – 1122, Beilage 1514 gerichtet.

Die dringliche Anfrage wird gemäß § 30, Abs. 1 GeOLT frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung behandelt.

Weiters darf ich meine Damen und Herren, noch darauf hinweisen, dass gemäß § 56, Abs. 5 mit Verbindung mit § 54, Abs. 4 GeOLT die Einladung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet wurde und unverändert geblieben ist.

Ich würde jetzt - es ist 15 Uhr 05 Minuten - in die Tagesordnung übergehen. Tagesordnung liegt keine vor.

Nachdem wie bereits erwähnt, die Behandlung der dringlichen Anfrage gemäß § 30, Abs. 1 GeOLT frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung erfolgen kann, unterbreche ich daher die Sitzung bis 18 Uhr 15 Minuten.

Die Sitzung ist unterbrochen und wir nehmen die Sitzung um 18 - schauen wir noch einmal genau auf die Uhr, 18 Uhr 15 Minuten darf ich dann die Sitzung weiter fortführen. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Danke.

(*Die Sitzung wird um 15 Uhr 05 Minuten unterbrochen und um 18 Uhr 16 Minuten wieder aufgenommen.*)

Präsidentin Verena Dunst: Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Regierungsmitglieder, vor allem Hoher Landtag und auch alle jene Menschen die uns heute via livestream begleiten.

Ich darf nunmehr die unterbrochene Sitzung wieder aufnehmen. Es erfolgt nun die Verhandlung der dringlichen Anfrage des Herr Landtagsabgeordneten Klubobmann Markus Ulram an den Herrn Landeshauptmann Mag. Hans-Peter Doskozil, Zahl 22 - 1122 (Beilage 1514), und ich darf Ihnen Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Markus Ulram das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage erteilen.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer. Die Gesundheitsversorgung im Allgemeinen muss immer an erster Stelle stehen und die Gesundheit ist zweifellos das höchste Gut, das wir haben.

Die Gesundheitsversorgung im Gesamten müssen wir so weiter entwickeln, damit ein jeder, der heute Beiträge bezahlt, auch seine Leistungen aus diesem System erhalten kann. Wir als Politikerinnen und Politiker tragen auch Verantwortung dafür, dass wir in Zukunft auch dieses System stetig weiterentwickeln.

Im Burgenland hat man nicht immer das Gefühl gehabt, dass man die Räder in die richtige Richtung dreht, dass man hier eine positive Veränderung herbeiführt, sondern man hat auch zuletzt mit dem regionalen Strukturplan Gesundheit 2025 gesehen, dass im Burgenland sehr viele Veränderungen gemacht werden.

Sei es die Halbierung der Internen im Krankenhaus Kittsee, damit man eine andere Abteilung installieren kann, sei es in Oberpullendorf wo die Geburtenstation spätestens 2025 geschlossen wird, oder im Bereich des Krankenhauses Güssing wo ja sehr vieles augenscheinlich und laut Berichten im Argen liegt, wo ja die Ärzteschaft und einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits schon das Weite gesucht haben. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das geht in vielen Bereichen so weiter, ob es bei den Nachtdiensten der praktischen Ärzte ist, die unter der Woche ja schon länger abgeschafft sind, oder zuletzt auch von einem verpflichtenden auf einen freiwilligen Dienst am Wochenende umgestellt worden ist und so weiter und so fort. Da hat man immer nicht immer den Eindruck, dass man hier eine glückliche Hand bei der Führung im Bundesland im Bereich der Gesundheitsversorgung in diesem hochsensiblen Bereich der Gesundheitsversorgung, diesem hochsensiblen Bereich wo auch die Flugrettung ein wesentliches Thema ist, gehabt hat.

Die heutige Sonderlandtagsitzung ist einfach notwendig geworden, weil nach Treffen einiger Entscheidung oder auch Nichtentscheidungen hat sich der Herr Landeshauptmann ganz einfach in Schweigen gehüllt.

Er hat der Öffentlichkeit nichts mitgeteilt und hat die Burgenländerinnen und Burgenländer, wie es eben mit der Flugrettung im Burgenland weitergeht, ganz einfach im Dunkeln tappen lassen. Aktuell versucht man augenscheinlich, offensichtlich mit der Brechstange einen roten Hubschrauber der Martin Flugrettung GmbH gegen ein bewährtes und verlässliches System mit dem Christophorus auszutauschen. Man gefährdet hier ganz klar mit diesem Handeln nicht nur die Gesundheitsversorgung, sondern insgesamt die Flugrettung im Burgenland.

Wieso möchte eigentlich der Herr Landeshauptmann als zuständiger Landesrat für Gesundheit dieses gut funktionierende System verändern? Da muss man vielleicht in die jüngere Vergangenheit bis 2017 zurückgreifen, wo der Herr Landeshauptmann Verteidigungsminister war. Wie er Verteidigungsminister war, wollte er die Flugrettung über die Bundesheerhubschrauber installieren und sein neues System mit einer sogenannten 15a-Vereinbarung, sprich mit einem Vertrag mit den Ländern einsetzen, um so sein System auf alle Bundesländer auszurollen.

Dieses vorgeschlagene System des damaligen Verteidigungsminister Doskozil ist daran gescheitert, weil einige Player und Wissende in der Szene gesagt haben, nein das wollen wir nicht, das wird so nicht funktionieren, das muss nicht und soll auch nicht beim Bundesheer beheimatet sein. Unter anderem war da ein Player dabei, nämlich der ÖAMTC. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Diese Kränkung muss da ganz tief sitzen, wenn man heute eigentlich so mutwillig handelt, wie gerade gehandelt wird. Dass man das jetzt alles verändern muss, dass man jetzt auf einmal sagt, ja, weil man jetzt einen neuen Stützpunkt plant, da müssen wir jetzt gesamthaft ausschreiben und so weiter, das sehe ich, das sehen wir, einfach aus einem anderen Blickwinkel, denn, man blicke zurück auf das Jahr 2016.

Der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz war für das Rettungswesen verantwortlich, war verantwortlich unter anderem auch für die Flugrettung. Er hat augenscheinlich gesagt, dass jetzige System mit dem Christophorus, mit dem ÖAMTC das ist in Ordnung, das ist leistungsfähig, dieses System ist verlässlich, das wollen wir weiter im Burgenland haben. Er hat sodann einen Vertrag bis 2025 unterzeichnet und ich kann Ihnen sagen, aus heutiger Sicht war die damalige Entscheidung 2016 goldrichtig. Was passiert nun im Jahr 2022?

Der Herr Landeshauptmann versucht mit aller Gewalt etwas zu verändern und in einem augenscheinlichen Scheinargument, mit einem neuen Stützpunkt für die Flugrettung im Bezirk Neusiedl am See eine neue Ausschreibung für das gesamte Flugwesen, für die gesamte Flugrettung herbeizuführen. Jetzt kann man sagen, dass ein neuer Stützpunkt im Bezirk per se nichts Schlechtes ist, wenn man das weiterentwickelt, wenn man der Meinung ist, nach Untersuchungen, nach Verhandlungen, dass es im Bezirk Neusiedl am See wert ist einen Stützpunkt zu installieren, dann pflichte ich Ihnen bei.

Aber ich pflichte Ihnen nicht bei, wenn man hier nicht andere Varianten für die Ausschreibung gewählt hätte, weil, ich denke, Sie hätten hergehen können und sagen, der eine Vertrag läuft in Oberwart bis 2025 weiter, daher lassen wir ihn bestehen, können wir ihn erweitern oder erneuern, wie auch immer und den neuen Stützpunkt schreiben wir aus, aber nicht so wie Sie, dass man sagt, man schreibt gleich alles aus.

Vielleicht haben wir auch das gemeinsame gleiche Ziel, dass wir die Gesundheitsversorgung verbessern wollen, nur der Ansatz ist halt ein ganz ein anderer. Wir wollen eine beständige leistungsfähige Gesundheitsversorgung, in diesem Fall der Flugrettung mit dem Christophorus, der bis dato über 22.000 Einsätze im Burgenland geflogen ist, wo es keine Vorkommnisse gegeben hat. Sehr gut funktioniert hat und Sie wollen ganz einfach mutwillig eine Änderung, wie Sie mit dem heutigen Handeln ja auch gegenwärtig zeigen, herbeiführen.

Was ist bis dato passiert? Die letzten Wochen und Monate? Es hat durch Ihr Handeln für die gesamte Flugrettung im Burgenland eine Ausschreibung gegeben. Das ist dann im Februar ausgeschrieben und zugestellt worden.

Dann hat es mit Medienvertretern und mit Ihnen Herr Landeshauptmann sowie einem Rechtsanwalt, einem gewissen MMag. Dr. Casati Gespräche gegeben. Ein ausgewiesener Experte im Vergaberecht, im Verfahrensrecht wo es um wichtige Ausschreibungen geht.

Das ist schon einigermaßen seltsam und nicht nur ich habe das so über die Medienberichterstattung empfunden, sondern auch einige Medienvertreter, denn wir kennen eigentlich unseren Herr Landeshauptmann als wortgewaltigen Landeshauptmann, der immer alleine agiert und der einem jeden sagt, was Sache ist.

Auf einmal tritt er mit einem Vergaberechtsexperten an seiner Seite und nicht irgendwem, sondern einem österreichweit bekannten Vergaberechtsexperten, auf. Dann ist die ganze Geschichte weitergegangen, dann sind nach erfolgter Ausschreibung zwei Angebote abgegeben worden, nach unserem Wissensstand, eines vom sogenannten roten Hubschrauber, von der Martin Flugrettung GmbH und eines vom ÖAMTC, vom Christophorus.

Dann wurden diese Angebote durch das Land geprüft, durch den ausgewiesenen Vergabeexperten und dann gab es einen Vergabevorschlag der hinausgegangen ist, der eindeutig gelautet hat, dass die HELI Austria GmbH mit der Martin Flugrettung diesen Zuschlag zukünftig für die Flugrettung im Burgenland erhalten soll.

Diese Entscheidung des Landes wurde dann vom unterlegenen Bieter, dem ÖAMTC beeinsprucht. Der gesagt hat, aus meiner Sicht war das nicht rechtens, ich beeinspruche das beim Landesverwaltungsgericht. Das ist auch erfolgt und das Landesverwaltungsgericht hat ein klares Erkenntnis gebracht, nämlich, dass zum einen in diesem Erkenntnis festgehalten wird, dass, ich zitiere:

Die präsumtive Zuschlagsempfängerin hat im Vergabeverfahren keine luftfahrtrechtliche Genehmigung für den Betrieb von zumindest drei Notarzt-Hubschraubern in Österreich vorgelegt. Jetzt frage ich Sie, jetzt hat man einen Experten, einen hochrangigen Experten herbeigezogen.

Wollte man das nicht sehen, hat man das nicht gesehen, hat man das übersehen? Was ist da passiert? Dann wird weiters in diesem Erkenntnis ausgeführt unter dem Punkt rechtliche Beurteilung kann man lesen, dass es ja weitere Meinungen hier dargestellt werden und ich zitiere weites aus diesem Erkenntnis:

Insbesondere im Hinblick auf die berufliche Zuverlässigkeit sowie die technische, finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sei die Eignung nicht gegeben.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ein klares Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichtes, das hier festgehalten worden ist. Dann kommen wir zu einem zweiten Umstand in diesem Erkenntnis, wo wir damals schon in der letzten Landtagssitzung eine dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gestellt haben, wo unter anderem auch gefragt worden ist, ob während des Ausschreibungsverfahrens, Kriterien verändert worden sind? Wurde das Ausschreibungsverfahren verändert? Klare Antwort des Herrn Landeshauptmannes: Nein.

Das Landesverwaltungsgericht stellt fest, ich zitiere: Als Bestandteil der Ausschreibung wurde die „Verfahrensverständigung Notarztrettungsdienst mit Notarzt-Hubschrauber“ vom 23. Feber 2022 am 25. Feber 2022 veröffentlicht. Eine geänderte Fassung der Ausschreibung wurde der Antragstellerin am 23. März 2022 übermittelt. Da ist es um den Standort im Bezirk Neusiedl am See gegangen.

Jetzt frage ich mich, Herr Landeshauptmann, haben Sie bewusst die Unwahrheit gesagt? Haben Sie bewusst dem Landtag, allen Abgeordneten hier nicht die Wahrheit gesagt? Auch Ihrer eigenen Fraktion, oder was wollten Sie eigentlich damit bezwecken, oder es ist einfach passiert, weil man so wie öfters halt man nicht so genau hinschaut und eigentlich mit Husch- und Puschpolitikmaßnahmen handelt.

Aber wie ist das Ganze dann weitergegangen? Das Land hat dann eine Entscheidung getroffen und hat gesagt, nein, das nehmen wir so nicht zur Kenntnis, wir wollen eine neue Ausschreibung, weil das machen wir jetzt so, das machen wir jetzt alles nicht, wir machen eine neue Ausschreibung. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Jetzt darf ich ein Beispiel dazu nennen, dass auch in den Medien schon genannt worden ist, bei einem Schirennen im Vergleich, wo es einen Ersten, einen Zweiten und einen Dritten gibt und der vermeintlich Erste disqualifiziert wird, wird automatisch der Zweitplatzierte zum Erstplatzierten und spricht zum Sieger gewertet.

Im Burgenland ist es bei der Flugrettung nicht so, dass man so den Zweitplatzierten nimmt, in diesem Fall den bewährten Christophorus, sondern man geht her, mutwillig, das wollen wir nicht, das ist nicht das Ergebnis, das wir wollen, wir schreiben eben neu aus.

Was erwartet man sich dann von dieser Ausschreibung, wenn ich die Preise schon kenne, wenn ich die Ausschreibungskriterien schon widerlegt bekommen habe, was alles Sache ist, wer was leisten kann und wer nicht? Was erwarte ich mir also von einer neuen Ausschreibung?

In diesem sensiblen Bereich der Lebensrettung aus der Luft, hat das Land, haben Sie Herr Landeshauptmann mit Ihrer Partei die Verantwortung zu tragen. Denn der ÖAMTC, der seit 1983 die Flugrettung mit dem Christophorus im Burgenland durchführt, über 22.000 Einsätze geflogen hat, personell, technisch, wie auch wirtschaftlich gut ausgestattet ist, hat bereits medial mitgeteilt, dass er sich vielleicht gar nicht mehr bewerben will. Dann haben Sie vielleicht das schon erreicht, was Sie eigentlich erreichen wollten.

Somit wird es möglicherweise nicht nur einen Bieter geben, sondern er vertreibt eigentlich auch einen Anbieter der bis dato seit knapp 30 Jahren eine gute Leistung erbracht hat.

Herr Landeshauptmann Sie spielen da gewaltig mit der Gesundheitsversorgung, Sie spielen mit Ihrem Handeln mit einer gut funktionierenden Flugrettung gegen die Burgenländerinnen und Burgenländer.

Ich kann Sie heute nur auffordern, kommen Sie zur Vernunft! Lassen Sie die Leistungsbilanz der Flugrettung sprechen, denn die ist ganz eindeutig. Leistungsstark personell mit Piloten und Sanitätern, Notärzten ist der ÖAMTC gut aufgestellt, wirtschaftlich gut aufgestellt und nicht wie die Martin-Flugrettung im Burgenland, die Sie installieren wollen.

Denn diese Leistungsbilanz zeigt augenscheinlich eine andere auf, nämlich neun Hubschrauber die in den letzten 20 Jahren abgestürzt sind. Zahlreiche Menschen, die leider zu Tode gekommen sind.

Eines muss man auch an dieser Stelle festhalten. Die Wartungsintervalle wurden auch festgehalten. In einigen Schreiben wurden sie nicht eingehalten. Jetzt frage ich Sie, wer hält Wartungsintervalle, Services nicht ein? Beim Auto, bei einem Traktor, in dem Fall

bei einem Hubschrauber, der wirtschaftlich nicht gut beieinander ist, der etwas hinauszögern will, damit er sich etwas ersparen kann.

Dieses Unternehmen, das Sie beauftragen wollen, ist wirtschaftlich angeschlagen, denn die Wirtschaftsprüfer, nicht irgendwer, die eigenen Wirtschaftsprüfer dieses Unternehmens haben festgehalten, dass Sie eigentlich die Hubschrauber reduzieren sollten und nicht erweitern sollen.

Herr Landeshauptmann, beauftragen Sie im Namen aller Burgenländerinnen und Burgenländer den aktuellen Bestbieter, den ÖAMTC, mit dem Christophorus, sodass die Flugrettung wie auch in der Vergangenheit auch in Zukunft für die Burgenländerinnen und Burgenländer leistungsfähig da ist.

Dass die Lebensrettung weiterhin aus der Luft gesichert ist. Die Burgenländerinnen und Burgenländer, Herr Landeshauptmann, werden es Ihnen danken. Denn eines sei an dieser Stelle klar gesagt. Die Flugrettung im Burgenland ist keine parteipolitische, sondern ausschließlich eine lebensrettende Frage. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Verena Dunst: Hoher Landtag, die Begründung ist damit erfolgt und ich erteile nunmehr Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil das Wort zur Abgabe seiner Stellungnahme gemäß § 30 Abs. 3 GeOLT.

Bitte Herr Landeshauptmann, Sie sind am Wort.

Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Mitglieder der Regierung! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Herr Klubobmann! Sie haben es eingangs durchaus richtig gesagt, die Gesundheit, die Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsleistungen und auch die persönliche Gesundheit ist ein ganz hohes Gut. Die Politik ist berufen auch im Sinne dessen, wie Sie es auch gesagt haben, dass jeder, der entsprechende Beiträge zahlt, Krankenversicherungsbeiträge bezahlt, auch diese Leistung bekommt.

Das, was Sie aber vergessen haben ist, dass wir derzeit in Österreich ein System der Gesundheitsversorgung haben, das im Begriff ist, gegen die Wand gefahren zu werden. Auch dieses System der Gesundheitsversorgung, wie in den letzten Wochen auch schon plakativ mit der Rolle der ÖGK begründet, dieses System der österreichweiten Gesundheitsversorgung, nach dem Sie ja so pathetisch hier auftreten, das verantwortet die Bundesregierung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich sage Ihnen das an ein paar Beispielen. Die Spitalsfinanzierung in manchen Ländern, schauen Sie einmal in das Nachbarland Steiermark, ein ÖVP-Land, wird so nicht mehr lange möglich sein. Im Burgenland haben wir die Situation, dass Kassenvertragsärzte die Verträge kündigen und in den Wahlarztmodus gehen. Sie haben es gesagt, wir haben die Situation, dass Wochenend-, Sonn- und Feiertagsdienste nicht mehr besetzt werden können.

Aber, das ist nicht die Entscheidung der Landesregierung, ganz im Gegenteil, wir treten dagegen auf. Wir haben die Verfassungsbeschwerde gegen das Bundesgesetz diesbezüglich eingebracht. Die Bundesregierung reagiert nicht.

Wir haben einen akuten Ärztemangel, egal wo man hinschaut. Die Bundesregierung reagiert nicht. Wir bilden Ärzte, Tausende Ärzte jedes Jahr aus. Nur, warum müssen diese Österreich verlassen? Warum müssen heute 33 Prozent der ausgebildeten Ärzte Österreich verlassen? Warum reagiert die Bundesregierung hier nicht?

Wenn man sich das Gehaltsgefüge eines Arztes anschaut, eines Spitalsarztes, das ist ein offenes Geheimnis. Der sagt 30, 35, 40 Prozent ist ein öffentliches Gehalt im Spital, weitere 40 Prozent Sonderklassetarife und dann die Privatordination. Wir treiben mit unserem System ja die Ärzte in diese Rolle. Privatordinationen zu führen, um zu schauen, wo bekomme ich Sonderklassetarife her?

Wer ist dafür verantwortlich? Der Bundesgesetzgeber. Wir stellen uns da pathetisch her, so, wie Sie, wettern vielleicht gegen eine Zweiklassenmedizin, und wer ist für die Zweiklassenmedizin verantwortlich? Nicht die Ärzte, die wären ja blöd, wenn sie das System nicht ausnützen würden. Verantwortlich ist die Bundesregierung. Die reagiert nicht.

Im Zuge der Reform der ÖGK wurde uns versprochen, es wird alles besser. Es gibt Einsparungen, alles wird zusammengelegt, es wird alles besser. Fragen Sie einmal einen burgenländischen Arzt, der einen Kassenvertrag hat, ob alles besser geworden ist. Wer ist verantwortlich dafür? Das war die Bundesregierung.

Kurz hat es zusammengelegt. Dort liegen die Verantwortlichkeiten. Dort müssten Sie einmal aktiv werden und hinterfragen, warum das System so ist. Dort wären Sie an der richtigen Adresse. Wenn das so weitergeht, wird der nächste Schritt sein, dann wird man der Bevölkerung erklären, ja, jetzt gibt es in Zukunft nur mehr den Videoarzt. Ihr könnt über das Internet anrufen. Das wird die Zukunft sein. Diese Zukunft verantworten Sie. Ausschließlich Sie! *(Beifall bei der SPÖ)*

Dann, vielleicht noch ganz kurz, weil Sie da einen breiten Bogen auch zum Bundesheer gespannt haben. Ja, ich bekenne mich dazu. Wer hat denn das Bundesheer gegen die Wand gefahren? Wer war immer der Vertreter des österreichischen Bundesheeres? Wer hat denn die vielen Budgets des österreichischen Bundesheeres, die vielen Strukturmaßnahmen des österreichischen Bundesheeres, verantwortet? Wer war denn immer der Beschützer, der politische des österreichischen Bundesheeres und wird es immer noch sein?

Die ÖVP. Das Paraderessort für die ÖVP. Das österreichische Bundesheer hat keine Flugtauglichkeit und Kasernen, die verrotten. Das ist derzeit die Situation des österreichischen Bundesheeres. Da ist es doch berechtigt, zu fordern und sich zu überlegen, wie kann man das österreichische Bundesheer stärken? Welche Aufgaben geben wir dem österreichischen Bundesheer? Was sind Aufgaben der öffentlichen Hand?

Ich weiß schon, dass Sie in der ÖVP Privatisierungsweltmeister sind und da gibt es viele Beispiele. Aber, die Flugrettung, die Menschenrettung, das sieht man auch im Katastrophenschutz, wer wird denn dann tätig? Ich glaube nicht, dass der private Hubschrauber hineinfliegt, wenn so etwas ist, wenn es brenzlich ist.

Da ruft man dann energisch nach dem Bundesheer. Aber, davor werden Piloten abgeworben, das Bundesheer hat keine Piloten. Das ist alles egal. Aber, dann ruft man nach dem österreichischen Bundesheer und braucht die Leistungen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wer hat das österreichische Bundesheer in diesen Zustand versetzt, wo es jetzt ist? Die ÖVP! Durch eine jahrelange Misswirtschaft, durch Veränderungen in die Richtung, in die andere Richtung. Ich kenne kein einziges Ressort in der Republik, das so viele Strukturreformen mitmachen musste. Und wo steht es jetzt? Keine Piloten, keine Kompetenzen, keine budgetären Mittel, Kasernen, die verrotten. Das ist der Zustand des österreichischen Bundesheeres.

Da zu fordern, dass eine staatliche Aufgabe in die Hände des österreichischen Bundesheeres gelegt wird, das ist, glaube ich, richtig und dazu stehe ich und das würde ich auch in Zukunft so machen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Nun aber zum vorliegenden Fall. Eigentlich zum Gegenstand Ihrer Anfrage oder Ihres Sonderlandtages. Es stimmt, 2016 wurde der Vertrag um zehn Jahre für den Standort Oberwart verlängert. Keine Frage. Wir kennen auch die finanzielle Entwicklung, was dieser Vertrag bedeutet und wir haben aus rechtlicher Sicht und leider Gottes, wie Sie das formuliert haben, ist ja das Leben kein Ski fahren. Das Leben ist nicht immer Ski fahren und dass man sagt 1, 2, 3 und wer wird es? Im Leben gibt es Regeln. Diese Regeln sind gesetzlich definiert. Diese gesetzlich definierten Regeln sehen bei einer Erweiterung des Standortes vor, dass wir ausschreiben müssen.

Mir persönlich sind beide Anbieter recht. *(Abg. Markus Ulram: Das glaube ich nicht!)* Es gibt hier keine Präferenzen. Ich habe auch immer hier betont, dass der ÖAMTC die Leistungen sehr gut erbracht hat. Ich bin nicht derjenige, der diese Vergabe entscheidet. *(Heiterkeit in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten)* Ich bin nicht derjenige, *(Abg. Markus Ulram: Wer dann? Sondern?)*, sondern die Kommission hat entschieden, nicht ich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Bundesregierung vielleicht? - Abg. Markus Ulram: Die haben alle nicht gesehen, dass es keine luftfahrtrechtliche Genehmigung gibt.)*

Ich bin nicht in der Kommission. Das ist ganz etwas anderes. Daher auch dieses Auftreten mit dem Verantwortlichen für dieses Verfahren. Ich glaube, dass ist ein ganz normales Prozedere. Zumindest hat dieses Verfahren gezeigt, dass wir uns einiges an Geld ersparen, wenn wir ausschreiben.

Das ist schon einmal ein ganz wesentlicher Faktor. Weil es nicht immer darum geht, dass man privatisiert, privatisiert, privatisiert, sondern unser Ziel ist auch, auf die Steuermittel zu schauen. Was jetzt passiert ist, da gibt es unterschiedliche Rechtsansichten. Aber, man muss akzeptieren, was das Landesverwaltungsgericht gesagt hat.

Das ist auch zu akzeptieren. Das ist auch nicht wegzudiskutieren. Es gab einen Formalfehler. Jetzt kann sich das Land überlegen, spielen wir Skirennen, 1, 2, 3, wie Sie sagen, ganz locker und lässig. *(Abg. Markus Ulram: Das ist nicht locker und lässig!)* Oder halten wir uns an die gesetzlichen Regeln? Das Problem, das wir erkannt haben, und das uns natürlich betreffen würde, ist, wir wollen auf keinen Fall seitens des Landes für irgendeinen unterlegenen Bieter schadenersatzpflichtig werden.

Diese Gefahr schließen wir damit aus. *(Abg. Markus Ulram: Ganz im Gegenteil.)* Das ist auch eine verantwortungsvolle Politik im Sinne des Steuerzahlers. Das ist nicht 1, 2, 3 und der wird es. Wir würfeln jetzt einmal wie im Kindergarten oder wie beim Ski fahren. *(Abg. Markus Ulram: So wie es immer ist. Überspitzt, wenn man nicht weiterweiß!)* So, wollen wir das nicht. Ich habe das Beispiel nicht gebracht. *(Abg. Markus Ulram: Das ist eine normale Geschichte. Wenn ich in der Gemeinde das so mache, dann bekomme ich von der Aufsichtsbehörde eine auf den Deckel.)* Ich habe das Beispiel über das Skifahren nicht gebracht. Das war, das hat irgendein anderer heute gebracht, dieses Beispiel.

Ich sage Ihnen noch etwas, aus meiner Sicht. Wir dokumentieren mit dieser Vorgehensweise, dass wir nicht irgendwelchen Unternehmen verpflichtet sind. Mir ist es egal, wer das bekommt. Ob das die HELI Austria ist oder ob das der ÖAMTC ist, das ist keine Kategorie. Es muss rechtlich sauber abgehandelt werden. Daher erfolgt die nochmalige Ausschreibung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Problem, das Sie haben, dass Sie sich als Partei so entwickelt haben, aus meiner Sicht, nur die Beurteilung meinerseits: Sie haben kein Interesse mehr. Sie sind keine Wirtschaftspartei mehr. Es gibt nur mehr Einzelinteressen. Es hat einmal in der Vergangenheit eine neue Bewegung gegeben, sage ich jetzt einmal, an der Spitze ein Messias, dann hat man sich Unternehmen geholt. *(Abg. Patrik Fazekas, BA: Das tut echt weh! Das tut ihm echt weh! So weh!)* Da haben Unternehmen einbezahlt. Da haben sehr viele Unternehmen einbezahlt.

Diese neue Bewegung war einem verpflichtet, dem Unternehmen, der einbezahlt hat. Auch jetzt haben wir eine Situation, jetzt gibt es diese Bewegung noch, aber jetzt fehlt plötzlich der Kopf. Jetzt gibt es keinen Messias. Aber, jetzt müssen die Schulden beglichen werden. *(Abg. Markus Ulram: Wer wird denn Ihre Schulden, die Sie machen, einmal begleichen? - Abg. Patrik Fazekas, BA: Das ist ihm „wurscht“.)*

Haben Sie einmal, haben Sie schon einmal in diesem Landtag, *(Abg. Patrik Fazekas, BA: Das ist ihm doch „wurscht“.)* haben Sie schon einmal in diesem Landtag hinterfragt, *(Abg. Markus Ulram: Blockflötenaktion, Küche Burgenland, KUZ Partie! 2,5 Millionen Euro minus!)* haben Sie schon einmal in diesem Landtag hinterfragt, wie es zum jetzigen Zeitpunkt den burgenländischen Unternehmen geht?

Haben Sie schon einmal gefragt, wie es den Unternehmern im Süden unseres Landes geht? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Heiligenkreuz. *(Abg. Markus Ulram: Haben Sie schon einmal mit Herrn Sharma über die Reduzierung gesprochen?)* Haben Sie schon einmal hinterfragt, wie es den Wirten, den Kleinen, mit den zukünftigen Preisentwicklungen geht? Sie sind *(Abg. Patrik Fazekas, BA: Die bringen Sie um. Die bringen Sie mit Ihrer Politik um! - Abg. Markus Ulram: Küche Burgenland GmbH! Die Küche Burgenland GmbH dreht sich komplett gegen jeden Wirten.)*

Sie sind die Wirtschaftspartei, *(Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)* haben Sie schon einmal gefragt, wie es diesen Unternehmen geht? Ich habe bis dato nichts gehört. *(Abg. Markus Ulram: Irgendwer muss sie wegrationalisieren wie am Fließband!)*

Die Bundesregierung hätte die Möglichkeit, eine Gasbremse einzuziehen, den Gaspreis zu reduzieren. Die Bundesregierung hätte diese Möglichkeit! Nein, man schaut derzeit zu. Es geht in die Kurzarbeit, es werden Unternehmen zusperren, das interessiert Sie nicht.

Sie würde es nur interessieren, höchstwahrscheinlich, wenn es Porr trifft oder wenn es KTM betrifft. Dann würde es die ÖVP interessieren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Schauen Sie und das ist Ihr Problem. Und das ist Ihr Problem. Genauso agieren Sie! Wir haben gesagt... *(Abg. Markus Ulram: Das ist Ihre Analyse, sagen Sie etwas zu der Flugrettung dazu! - Abg. Robert Hergovich: Er hat eh schon alles gesagt! - Zwiegespräch zwischen dem Abg. Markus Ulram und dem Abg. Robert Hergovich)*

Präsidentin Verena Dunst: *(das Glockenzeichen gebend)* Meine Herren! So, Herr Klubobmann, Herr Klubobmann, meine Herren Klubobmänner! Wir sind jetzt bei einer Beantwortung einer dringlichen Anfrage. Der Herr Landeshauptmann ist am Wort. An beide Klubobmänner!

Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ) *(fortsetzend)*: Es ist müßig, darüber zu diskutieren. Ich habe es Ihnen gesagt, mir sind beide Anbieter recht, es entscheidet das Verfahren. Wir werden ein Verfahren ordnungsgemäß durchführen und der Bestbieter wird den Zuschlag bekommen. Zudem gibt es auch im Nachhinein die Überprüfung durch das Landesverwaltungsgericht, davon gehe ich aus. Zusätzlich gibt es die Rechnungshofkontrolle.

Doch das wird dann in diesem Haus diskutiert und thematisiert. Das ist unser Weg. Das ist nicht unser Weg im Sinne eines Unternehmens, sondern das ist unser Weg im Sinne der Burgenländer. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke für die Beantwortung der dringlichen Anfrage. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das war keine Beantwortung, das war eine Stellungnahme!)* Ich gehe nunmehr in die Debatte ein.

In der Debatte über die dringliche Anfrage darf ich nunmehr der ersten Rednerin, das ist die Frau Abgeordnete Klubobfrau Mag.a Regina Petrik, das Wort erteilen. Als nächster Redner wird dann der Herr Klubobmann Johann Tschürtz folgen.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Manches bleibt, wie es in der letzten...

Präsidentin Verena Dunst: Frau Klubobfrau, entschuldigen Sie, bevor Sie zu reden beginnen. Ich möchte noch einmal betonen, ich weiß, dass das alle wissen, Redezeitbeschränkung ist 20 Minuten.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Werte Landesregierungsmitglieder! Werte Kolleginnen und Kollegen hier im Saal und allen, die diese Sitzung mitverfolgen! Diese Sondersitzung und ihr Vorspiel sind ein Spiegel der Politik, wie sie derzeit im Burgenland vorherrschend betrieben wird und der Kommunikation, die sie begleitet. Die SPÖ meint, tun zu können, was sie will, und die ÖVP wittert hinter jeder Ecke einen Skandal. Die SPÖ betätigt sich hingebungsvoll und oft auch aggressiv als Opposition gegen die Bundesregierung, das haben wir jetzt hier auch erlebt.

Es wird ein Gesundheitssystem, wie es ganz lange Zeit und ausführlich von der SPÖ mit aufgebaut und geprägt wurde, mit SPÖ-Gesundheitsministerinnen und -minister, der jetzigen Bundesregierung zugeschoben als Verantwortung. Das System *(Abg. Robert Hergovich: Wir haben es aufgebaut, Ihr haut es zusammen!)* an sich, das erleben wir hier. Aber wenn hier mal ein Fehler in der Landesregierung gemacht wird, dann sind sicher auch da wieder andere Schuld.

Die ohne Partner, also auch ohne inneres Korrektiv wirkende Regierungspartei lässt die Landtagsabgeordneten spüren, wir spüren das, Ihr lasst uns spüren, wir brauchen euch nicht. *(Abg. MMag. Alexander Petschnig: Wir brauchen sie eh nicht!)* Wir können fast alles, was uns wichtig ist, alleine beschließen. Debatte oft unerwünscht. Dass es kaum Platz für vernünftigen politischen Diskurs gibt, das nehmen viele Menschen auch außerhalb dieses Gebäudes wahr. Sie erzählen ihre Eindrücke bei Gesprächen auf der Straße, am Biertisch, in einer Messehalle, wie letzte Woche bei der Inform in Oberwart.

Mehr noch, ich habe Anfragen von Bürger*innen für persönliche Gespräche mit mir, die dann zugleich sagen, aber bitte man soll nicht sehen, dass ich mit ihnen rede. Man weiß ja nie. Es gibt Menschen - für diejenigen, die das nicht sehen können, hier wird dazu gelächelt, also es gibt Menschen, die haben Angst, das zu sehen und in den Reihen der SPÖ lächelt man darüber nur hinweg.

Bitte nehmen Sie das endlich einmal ernst! *(Abg. Ewald Schneckner: Wie viel Prozent habt Ihr?)* Darf ich weitersprechen?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte, Sie sind am Wort.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) (fortsetzend): Es gibt Menschen, die haben Angst, dass die Nähe zu einer anderen politischen Gesinnung als die der großen Parteien ihnen zum Nachteil gereichen könnte, wenn das entdeckt wird.

Hier im Saal wird genauso reagiert, wie man es etwa auch aus autoritären Systemen her kennt. Auf jede Kritik wird mit derselben Macht und Überheblichkeit und demselben Machtbewusstsein reagiert, die genau diese Angst auch ausgelöst hat. Mein Sohn braucht noch eine Genehmigung für sein Haus, hört man da, deswegen sage ich lieber nichts. Oder ich habe gerade einen Job bekommen, deswegen muss ich doch hier mich für eine bestimmte Partei engagieren.

Das sind keine Erzählungen... (*Allgemeine Unruhe - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen*) Das sind keine Erzählungen aus dem letzten Jahrhundert, als im Burgenland alles proporzmäßig aufgeteilt war - nein, das sind Ängste von Bürgerinnen und Bürgern von heute. Auch die sind ernst zu nehmen.

Wenn vernünftiger politischer Diskurs unterbunden wird, entwickelt sich eine Angst, die eigene politische Meinung zu äußern und das ist demokratiepolitisch äußerst gefährlich.

Es geht um Machtanspruch, es geht um Machterhalt, es geht um politische Spielchen und Kommunikation, die nur darauf ausgerichtet ist, bei der nächsten Wahl mehr Stimmen zu lukrieren. Auf der Strecke bleiben lebhafter Austausch, Abwägung von Ideen und Meinungen und das gemeinsame Suchen nach den besten Lösungen.

Ich gebe Ihnen zwei Beispiele dazu. Eines aus meiner früheren Berufstätigkeit, als ich noch nicht in der Politik war, und ein aktuelles. Ich war ja früher, noch fernab jeglichen parteipolitischen Engagements als Beraterin in Kindergärten unterwegs. Das war zu einer Zeit, da hatte jeder Kindergarten im Burgenland eine zuständige Beraterin für alle Fragen im pädagogischen Bereich, im psychologischen Bereich, wenn es Schwierigkeiten gab mit einem Kind in der Gruppe oder wenn man sich im Team austauschen wollte.

Das wurde mittlerweile von der Landesregierung eingestellt, damals gab es das noch. Die meisten Kindergärten freuten sich über regelmäßige Besuche und Entlastung durch die Beratung. In einem Kindergarten einer stark SPÖ-dominierten Gemeinde betonte die Leiterin bei jedem meiner Besuche in dem Haus, dass in ihrem Haus keine Beratung benötigt würde.

Einmal wandte sich aber dann eine Pädagogin persönlich an mich, ja, bitte, da habe ich ein äußerst schwieriges Kind in der Gruppe, ich bin mit meiner Weisheit am Ende, können wir eine Beratung ausmachen?

Ich gehe zur Leiterin, sage, ich komme dann nächste Woche, die Kollegin hätte gerne ein Beratungsgespräch. Sie wird ganz heftig und sagt, welche war das? Marschiert durch den Kindergarten, stellt sich in die Tür eines Gruppenraumes, zeigt auf die Kollegin, sagt - war die das? Nein, wir brauchen das hier nicht.

Hier wollte man einfach selber nur Kontrolle darüber haben, wie Kommunikation im eigenen Haus läuft. Niemand sollte erfahren, wenn es in diesem Kindergarten einmal Schwierigkeiten gab. Kommunikation durfte nur intern stattfinden.

Das ist nun sicher ein Einzelfall, aber er beschreibt strukturell sehr gut, wie es auch heute leider in vielen Fällen abläuft. Dialog wird unterbunden, wenn Vorgesetzte bestimmen, mit wem Angestellte reden dürfen. Und sind wir uns doch ehrlich, das gibt es auch bei uns im Amt der Burgenländischen Landesregierung, dass genau beobachtet wird, wer mit wem hier und vielleicht sogar mit jemandem aus der Opposition Gespräche

führt. Besagte Pädagogin kam dann einmal privat zu mir in die Beratungsstelle und wir haben ihr Problem dort außerhalb ihrer Dienstzeit gelöst.

Hier ging es also um die Kontrolle durch die Leiterin, die Abläufe sind aber, wie gesagt, ähnlich. Nicht immer ist es offene Einschüchterung, Kontrolle klappt auch gut über deutliche Hinweise, was von jemandem erwartet wird, wenn er etwa einen Job bekommen hat oder will, oder wenn sie um eine Förderung für ein Projekt angesucht hat.

Wir wissen auch aus früheren Zeiten, wir haben Berichte darüber, dass es Bürgermeister gibt, die bei der Unterzeichnung eines Dienstvertrages auch gleich die Beitrittserklärung zur SPÖ über den Tisch schieben. Ich weiß nicht, ob das heute auch noch so offensichtlich gehandhabt wird, aber diese Erzählungen gibt es.

Jobs im Einflussbereich des Landes gibt es viele zu vergeben. In all den ausgelagerten Betrieben der Burgenland Holding und den neu gegründeten GmbHS, werden es laufend mehr. So mancher fragt sich schon, ob es ein Teil der Strategie ist, möglichst viele Posten der Privatwirtschaft, Fachinstitutionen oder von Vereinen zu entziehen und in den Einflussbereich des Landes und damit der Landespolitik und des Landeshauptmannes zu bringen.

Was wir im Vorfeld der Gemeinderatswahlen erzählt bekommen, weist auch auf Zusammenhänge zwischen Posten und Plätzen auf Wahllisten hin. Ich zitiere, natürlich habe ich zugesagt, dass ich hier keinen Namen öffentlich nenne.

„Ich habe Euch immer gewählt, aber jetzt habe ich diesen Job bekommen, und da stehe ich halt auf der Liste der SPÖ“. Es gibt also für manche Menschen klare Zusammenhänge. Es gibt auch ein ganz aktuelles Beispiel zu Verweigerung von Dialog, politischen Spielchen und Machtdemonstration zum Schaden der Bevölkerung, im Gesundheitsbereich. Da ist unser Landeshauptmann persönlich daran beteiligt.

Im Juni dieses Jahres haben Nationalrat und Bundesrat die Einführung des Facharztes für Kieferorthopädie beschlossen. Damit sollte eine schon lange bestehende Lücke in der Gesundheitsversorgung geschlossen werden. Trotz einstimmiger Beschlüsse, einstimmiger Beschlüsse im Nationalrat und in der Länderkammer, dem Bundesrat, kann die Ausbildung zum Facharzt für Kieferorthopädie aber in Österreich nicht eingeführt werden. Warum?

Die Länder Wien, Kärnten und Burgenland verweigern die Zustimmung. Für das Inkrafttreten der Bestimmung sind nämlich neben Beschlüssen des National- und Bundesrats auch die Zustimmung der Länder vonnöten.

Es gibt einen einstimmig abgesetzten Beschluss im Bundesrat und im Nationalrat. Was macht der Landeshauptmann von Burgenland? Er verweigert die Zustimmung. Das alles ohne Vorankündigung, ohne auch nur eine sachliche Begründung abzugeben und ohne sich im Begutachtungsverfahren zu Wort gemeldet zu haben.

Parlamentarische Beschlüsse werden willkürlich torpediert und damit auch die Willensbekundung ihrer eigenen Abgeordneten. Denn auch die SPÖ-Abgeordneten, alle, auch jene aus dem Burgenland, im Nationalrat, im Bundesrat, stimmen für diesen Antrag, und auch deren Arbeit wird mutwillig kaputt gemacht.

Damit bleibt, dass - durch die politischen Spielchen dreier SPÖ-Landeshauptmänner - Österreich als eines der wenigen europäischen Länder ohne Facharztausbildung für Kieferorthopädie dasteht. Dass damit nicht nur Ihre Parteivorsitzende, sondern auch eigene Abgeordnete desavouiert werden, ist der SPÖ-Burgenland egal.

Wir erleben hier politische Spielchen auf dem Rücken der Demokratie und zum Schaden der Bevölkerung. Wichtige Entscheidungen werden behindert, nur um für sich selbst politisches Kapital zu schlagen.

Auf der anderen Seite sehen wir im Burgenland eine Entscheidungsfreudigkeit mit Hüftschussmethoden. Da wird nicht viel mit Menschen gesprochen, die Fachkenntnis haben oder jahrelange Erfahrung in einem Bereich, wie etwa bei den Sozialmärkten oder in der mobilen Pflege, wo halt einfach alleine entschieden wird, ohne dass man mit den erfahrenen Institutionen hier im Kontakt ist und im Dialog ist.

Da holt man sich nicht mehrere Meinungen ein und lässt inhaltlich diskutieren, da wird schnell eine Idee rausgeschossen, wo dann so unsinnige Pläne rauskommen, wie Ski für alle burgenländischen Kinder. Im Flachland, wo es immer weniger natürlichen Schnee gibt! Nicht ein Rad oder eine Radreparatur werden gefördert, nein, ein spezielles Sportgerät, das nur nachhaltig genutzt werden kann, wenn sich die Familie einen Winterurlaub leisten kann.

Wenn man sich einen alten Skigranden in den Aufsichtsrat der Sport Burgenland GmbH holt, dann kommt eben so etwas heraus. Bei uns im Flachland, in Zeiten des Klimawandels! Hauptsache die Kommunikation ist so gestaltet, dass sie bei der nächsten Wahl mehr Stimmen bringt.

Wir erleben zunehmend politische Kommunikation, die unabhängig von Fakten und realen Vorgängen aufgesetzt ist. Ziel ist es, den politischen Mitbewerber, die politische Mitbewerberin öffentlich herabzuwürdigen und als umfassend unfähig darzustellen.

Besonders gut lässt sich das auch auf Social-Media-Kanälen umsetzen, wo auch einfach mal etwas frei erfunden wird, der Unterhaltung wegen, um sich über andere Parteien lustig zu machen. So etwa auf dem TikTok-Account des SPÖ-Klubs.

Da geht es um Klicks und Reichweite, nicht um Information und Redlichkeit. Da wird schon mal etwas erfunden über eine andere Partei, nur damit man meint, man könne sich darüber lustig machen und ein paar Schenkelklopfer lukrieren. Das macht nicht irgendeine kleine Randpartei, die auch einmal auffallen will, nein, das macht die mächtige Regierungspartei, die ohnehin das Mediengeschehen im Land mit den Mitteln, die ihr halt zur Verfügung stehen, dirigieren will, es manchmal auch tut, das zum Teil auch erfolgreich.

Wenn wir einmal in einer Situation wären, wo wir unsere Handys überprüfen lassen müssten, wer wie viel in welchen Redaktionen anruft, dann wäre das auch einmal eine interessante Statistik. Wir erleben ein Gehabe von Macht und von dem Gefühl der Überlegenheit und strotzendem Selbstbewusstsein, oft auch von Parteifunktionären der zweiten und dritten Reihe.

Wie gesagt, das ist auch in den Gemeinden im Vorfeld der Gemeinderatswahl spürbar. Wir haben schon erlebt, dass Menschen, die auf GRÜNEN Listen kandidieren wollten, mancherorts direkt angegangen werden. Es gab sogar eine Aussage auf der Straße: „Dich werden wir moppen!“, dass manche sogar ihre Kandidatur aus Angst davor schon zurückgezogen haben. Dies alles auf Kosten des vernünftigen, politischen Diskurses, der uns hier im Burgenland so schmerzlich abgeht.

Erst letzte Woche habe ich erlebt, wie bei einer Veranstaltung, den „Illmitzer Gesprächen zur Nachhaltigkeit“, bei der Podiumsgesprächsrunde der Politikerinnen, der Politiker, der Teilnehmer der SPÖ einfach abgesagt hat und kein Ersatz geschickt wurde. Da geht es um Nachhaltigkeit und Politik, und die SPÖ findet niemanden, der sich oder

die sich vor Publikum in ein Gespräch mit anderen begibt. (*Abg. Ilse Benkö: Macht ja der Van der Bellen auch!*)

Bühnen zu nutzen und zu Menschen zu sprechen, das kann die SPÖ gut. Dialoge und Diskussion mit anderen führen, das mag sie nicht so sehr, und man sieht es jetzt auch an den Reaktionen in diesem Haus. So wehrt sich die SPÖ vehement dagegen, die früher durchgeführten Politdiskussionen in Schulen durchzuführen. Bei einem Landesjugendbeirat, Frau Landesrätin, davon die Rede ist, haben Sie auch schon Jugendliche unterbrochen und gesagt, sie wollen darüber keine Diskussion mehr, das ist beschlossen. Das ist keine Kultur der Diskussion.

Was uns fehlt, nicht nur im Burgenland, das ist eine ehrliche Kooperationskultur. Der Wille, durch Gespräch und Kooperation gemeinsam zu guten Lösungen zu kommen, um durch die Herausforderungen der heutigen Zeit zu kommen. Das gilt auch für die Flugrettung, das gilt für die Gesundheitspolitik, das gilt für alle Politikbereiche. Bitte verstehen Sie meine Wortmeldung als Plädoyer, das lautet: Gespräche suchen statt darüberfahren, miteinander wichtige Schritte setzen statt im Alleingang darüber trampeln! Danke schön. (*Beifall bei den GRÜNEN*)

Präsidentin Verena Dunst: Danke Frau Klubobfrau.

Nummehr darf ich den Herrn Klubobmann Tschürtz an das Rednerpult bitten.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Herr Landeshauptmann! Ich verstehe natürlich Ihren Unmut, wenn es vielleicht um die Gesundheitsversorgung der Bundesregierung geht, ich verstehe Ihren Unmut, wenn es um die komplette Situation rund um die Bundesregierung geht, aber wir sprechen heute nicht über die Bundesregierung, sondern wir sprechen heute über die Flugrettung.

Ich glaube, es bringt nichts hier, die Bundesregierung einzusammeln und zu sagen: „Aber Ihr macht eigentlich auch alles falsch!“ Es geht jetzt um die Flugrettung und da gibt es wirklich ein vernichtendes, ein vernichtendes Urteil des Verwaltungsgerichtshofes. Ich weiß schon, Sie sagen, wir brauchen nicht wählen, weil Sie wollen am liebsten mit GRÜN und NEOS in die Regierung gehen.

Sie sagen, der Wähler wird ohnehin nicht mehr befragt, weil Schwarz und Blau interessiert Sie ohnehin nicht. Wir brauchen nicht wählen, sondern der Landeshauptmann Hans Peter Doskozil möchte eine Regierung mit GRÜN und NEOS.

Aber jetzt zurück zur Flugrettung, von dem sprechen wir ja heute. Faktum ist, dass die Flugrettung funktionieren muss. Der Klubobmann Ulram hat schon richtig angesprochen, da geht es um Lebensrettung, und es geht darum, dass diese Flugrettung mit dem Christophorus wirklich einwandfrei funktioniert hat, das muss man echt so sagen. Das hat funktioniert.

Die 22.000 Einsätze ohne Zwischenfälle, das hat funktioniert. Ich verstehe natürlich auch, und da versuche ich jetzt in der Mitte durchzukommen, ich verstehe natürlich auch, dass Sie in Bezug auf Standort und so weiter versuchen, das Bestmögliche herauszuholen.

Aber da geht es jetzt nicht um Geld sparen, da geht es nicht um Geld sparen, sondern da geht es definitiv um Lebensrettung. Wenn Sie sagen - das hat mich ein bisschen verwundert jetzt - „Na ja, da hat es eine Kommission gegeben und ja, da hat es ein bisschen einen Formalfehler gegeben!“ Also ich werde das jetzt vorlesen, wie der Formalfehler heißt. Das ist ja unglaublich vernichtend, das ist kein Formalfehler!

Das ist ein Fehler, den Sie definitiv gemacht haben und den kann man nicht so einfach wegwischen und sagen: „Da ist eh nichts passiert und ein bisschen ein Formalfehler und jetzt schreiben wir es nochmal aus!“ Ja, was bringt diese Ausschreibung jetzt? Ja, das ändert sich ja nicht! Diese Flugrettung, dieses Flugrettungsunternehmen ändert sich ja nicht. Jetzt lese ich einmal das wirklich vor, denn das ist aus meiner Sicht wirklich echt vernichtend!

„Die Zuschlagsempfängerin hat weder behauptet, dass sie über die CC GmbH verfügt, noch eine Patronatserklärung, eine Subunternehmenserklärung, Verfügbarkeitserklärung oder ein solches Beherrschungsverhältnis belegenden Firmenbuchauszug vorlegt. Den Nachweis - und das hat der Kollege Ulram schon gesagt - „den Nachweis der luftfahrtrechtlichen Genehmigung für den Betrieb von mindestens drei Nothubschraubern nicht gegeben ist oder nicht erbracht wurde.“

Jetzt kommt der Satz, der ja wirklich ein Wahnsinn ist: „Daher wäre das Angebot der Zuschlagsempfängerin gemäß § 69 vor der Wahl des Angebotes für die Zuschlagsentscheidung auszuschneiden gewesen, da deren Eignung nicht gegeben ist und Ihr Angebot den Ausschreibungsbestimmungen widersprochen hat!“ (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist kein Formalfehler!*)

Das heißt, wenn das ein Formalfehler ist, na dann Gnade Gott, wirklich wahr also. Das ist wirklich aus meiner Sicht nicht in Ordnung, Herr Landeshauptmann, das ist nicht in Ordnung, da hätte automatisch das Unternehmen ausgeschieden werden müssen und der Zweitgereichte kommt dann zum Zug. Also sonst schreibt ja der Verwaltungsgerichtshof das definitiv nicht nieder.

Ich kann mir nicht vorstellen, wenn Sie jetzt eine Neuausschreibung machen, was soll da herauskommen? Zieht er dann zurück? Oder zieht er nicht zurück? Der kann sich ja gar nicht bewähren, weil er die Voraussetzungen gar nicht erfüllt. Also was bringt die ganze Neuausschreibung?

Das heißt, ich glaube schon, Herr Landeshauptmann, dass Sie da über das Ziel geschossen haben und man muss natürlich diese Kritik auch zur Kenntnis nehmen. Ich will jetzt nicht davon sprechen, dass wir 2016 den Vertrag verlängert haben, aber ich glaube, es war damals eine gute Entscheidung, auch wenn Sie damals wollten, dass das Bundesheer die Flugrettung übernimmt.

Aber im Großen und Ganzen möchte ich wirklich festhalten, dass das ein vernichtendes Urteil ist und dass man nicht sagen kann, das ist ein Formalfehler. Wenn Sie eine Kommission eingerichtet haben, und die Kommission sagt auch, das ist ein Formalfehler, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. (*Beifall bei der FPÖ und ÖVP*)

Präsidentin Verena Dunst: Als nächster Redner hat sich der Herr Klubobmann Robert Hergovich gemeldet. Nach ihm spricht der Herr Abgeordnete Patrik Fazekas, BA.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Regierungsmitglieder! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben heute einen Sonderlandtag und der Sonderlandtag ist durchaus einer der schärfsten Instrumente der Opposition. Wenn man einen Sonderlandtag einberuft, dann geht es eigentlich immer um Elementares, um Wichtiges. Heute habe ich aber den Eindruck, dass dieser Sonderlandtag ausschließlich der bevorstehenden Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen geschuldet ist, denn die Beschreibungen des Kollegen Ulram,

da war nichts Neues dabei. Etwas ratlos hat mich die GRÜNE Klubobfrau zurückgelassen, in einem Sonderlandtag keinen einzigen Satz zur Flugrettung zu formulieren.

Das ist schon etwas durchsichtig, eine Bash-Hack-Stunde gegen die Sozialdemokratie zu führen. Das hat nur ein Ziel, nämlich die Bürgermeister- und Gemeinderatswahl. Aber, glauben Sie mir, das bringt nichts. Ganz im Gegenteil! Da hätten Sie ganz andere Dinge machen müssen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Europa, Österreich befindet sich im Moment im Krisenmodus. Von der Pandemie in den Krieg und jetzt zur Teuerung. Die Auswirkungen sind in Europa, in Österreich, im Burgenland spürbar. Gerade in Krisenzeiten geht es darum, verantwortungsvolle Politik zu betreiben.

Verantwortungsvolle Politik, wie es der Herr Landeshauptmann tagtäglich macht und das Burgenland gut durch die Krise führt. Eine Politik, eine Stabilität, eine Politik der Sicherheit, eine Politik des Vertrauens, wo die Menschen Vertrauen haben in dem, was gesagt und getan wird. Unverantwortliche Politik zeigt sich in Reaktionen, wenn man in einer Krise die Menschen verunsichert, wenn man Panik verbreitet und vieles mehr.

Hier unterscheidet sich ganz klar die Sozialdemokratie von der ÖVP! Die eine geht den Weg der Stabilität und der Sicherheit, der verantwortungsvollen Politik, und die ÖVP hat sich halt entschlossen, eine unseriöse Politik zu betreiben. Also, die wichtigste Botschaft zuerst, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Versorgungssicherheit im Burgenland funktioniert hervorragend! Sie ist eine der Besten, und das wird sie auch künftig bleiben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dieser Sonderlandtag ist aber deswegen gut, weil man viel aufklären kann. Da wurden ja Halbwahrheiten und Märchen erzählt und vielleicht kann man mit der einen oder mit der anderen jetzt aufräumen. Warum kam es zur Ausschreibung? Weil der Landeshauptmann gesagt hat: „Wir müssen diese gute Versorgungssicherheit weiter verbessern.“ *(Abg. MMag. Alexander Petschnig: Wieso gefährdet er sie dann?)* Moment.

Wir wollen einen zweiten Standort im Burgenland. Wir haben ja bis jetzt nur einen, weil das Nordburgenland von Wiener Neustadt versorgt wurde. Der Herr Landeshauptmann hat gesagt: „Wir wollen diese gut funktionierende verbessern! Wir wollen einen zweiten Standort im Bezirk Neusiedl am See.“

Übrigens - Kollege Ulram ist Bezirksvorsitzender der ÖVP in Neusiedl am See. Wundere mich, dass Sie da gegen ein derartiges System sind. *(Abg. Markus Ulram: Haben Sie nicht zugehört?)* Ich wäre froh, wenn ich *(Abg. Markus Ulram: Dann müssen Sie zuhören!)* meine Bezirksmenschen mit einem zusätzlichen Standort versorge. Sie wettern dagegen, Sie wettern dagegen und treten dagegen auf! *(Abg. Markus Ulram: Was ich vergessen habe zu sagen, ...!)* Das müssen Sie schon den Leuten im Bezirk Neusiedl erklären und nicht mir.

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, die wichtigste Botschaft: Liebe Burgenländerinnen und Burgenländer, lassen Sie sich von der ÖVP nicht verunsichern! *(Abg. Markus Ulram: Von der SPÖ nicht täuschen!)* Die ÖVP redet die Versorgungssicherheit schlecht. Das ist ihr Stil. So wie sie das ganze Burgenland schlechtredet bei jeder Landtagssitzung. Das Gegenteil ist der Fall. Das Burgenland ist gut versorgt, das wird es auch weiterhin bleiben! *(Beifall bei der SPÖ)*

Die Märchenstunde hat begonnen bei der Versorgung der Spitäler, ist weitergegangen über die Wochenenddienste. Der Herr Landeshauptmann hat das alles erklärt und ist darauf eingegangen. Es ist tatsächlich ein plumper Versuch, vor der

Gemeinderatswahl hier die ÖVP anzuschütten, weil man ja schon vermutet, wie diese Gemeinderatswahl ausgehen wird.

Man vermutet es ja schon. Wenn man mit dem Rücken zur Wand steht, dann versucht man halt alles und heute muss halt die Flugrettung herhalten. Aber ein wichtiges Detail, das am Rande der Kollege Ulram vergisst - oder vielleicht weiß er es ja wirklich nicht - ich bin mir ja nicht sicher. Die Ausschreibung betrifft natürlich den zweiten Standort!

Der Christophorus fliegt natürlich weiter im Südburgenland bis 2025. Da gibt es ja keine Änderung. Also das Märchen, das er da vorher erzählt hat, das stimmt ja alles nicht! Wenn man so will, der gelbe Hubschrauber fliegt natürlich weiter im Südburgenland und ein möglicherweise anderer Hubschrauber könnte im Nordburgenland fliegen, wenn sie die Ausschreibung gewinnen. Das verschweigt natürlich der Herr Klubobmann, weil er ja verunsichern will, weil es ja nicht um die Sache geht.

Es geht also tatsächlich um einen zweiten, einen zusätzlichen Standort. Das ignoriert die ÖVP, sie ignoriert ja auch den Rechtsstaat, dass es zu einer Ausschreibung kommen muss. Das ist Ihnen ja völlig „wurscht“. Wenn es Ihnen nicht in das Konzept passt, dann wird das so gelebt, koste es, was es wolle und wenn es die Glaubwürdigkeit ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Versorgungssicherung ist gewährleistet. Die Ausschreibung ist notwendig, weil wir einen zweiten Hubschrauberstandort benötigen, um die gute Versorgungssicherheit weiter zu verbessern. Darum geht es. Und um sonst nichts anderes.

Wir wollen, dass das Steuergeld sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig eingesetzt wird. Auch das zeigt die Ausschreibung, ist notwendig. Ich kann mir ja gar nicht vorstellen, wenn wir keine Ausschreibung gemacht hätten, sondern das an irgendjemanden vergeben hätten, ja, dann hätte die ÖVP erst wieder gewettert und gewittert, ein Verfahren nicht auszuschreiben.

Also, wie man es macht, der ÖVP macht man es auf keinen Fall recht. Das zeigt sich von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr. Der Landeshauptmann hat es bereits gesagt. Für das Land Burgenland gibt es keine Präferenz. Egal welcher Anbieter es wird, derjenige, der das beste Angebot legt, der soll den Auftrag erhalten. Uns ist es gleich, welche Farbe der Hubschrauber hat. Die Versorgungssicherheit, die muss gegeben sein.

Aber ich frage mich schon, Herr Kollege Ulram, es gibt eine Partei, der ist es nicht egal, welcher Hubschrauber fliegt. Es gibt eine Partei, die ist Lobbyist für einen gelben Hubschrauber und ich frage mich warum. Den anderen Parteien ist es völlig recht. Die Versorgungssicherheit der Burgenländer ist wichtig. Ihnen geht es darum, dass ein bestimmtes Unternehmen diesen Auftrag kriegt. Wir sind ja viel gewohnt vom Korruptions-U-Ausschuss der ÖVP in Wien.

Wer weiß, was wir in den nächsten Monaten noch hören. Man wird sehen, was noch auf uns zukommt. Wichtig ist, ein zweiter Stützpunkt im Norden, um die Versorgungssicherheit zu verbessern und die sparsame Verwendung von Steuergeldern.

Ja, meine Damen und Herren, die ÖVP hat das gezeigt, was sie in Wahrheit seit dem Wechsel der alten Riege der ÖVP zur neuen Riege der ÖVP vollzieht. Fundamentalopposition und das Schlechtmachen der Burgenländerinnen und Burgenländer und das Schlechtmachen unseres Heimatlandes. Darum geht es der ÖVP.

Jeden Monat einen weiteren Skandal zu erfinden, die Skandalisierungsversuche in den Landtag zu tragen und dann klopft man sich auf die Schultern im Klub, wie super man

war. Nur die Menschen, die sehen das völlig anders. Denn das Motto, das die ÖVP Burgenland hat lautet: „Geht's dem Burgenland schlecht, geht's der ÖVP gut. Geht's der ÖVP schlecht, geht's dem Burgenland gut.“

Aber, liebe ÖVP, ich muss Sie enttäuschen! Dem Burgenland geht's gut. Wir sind bestens versorgt. Schauen Sie sich die Arbeitsmarktdaten an. Wir haben Rekordbeschäftigung von 115.000. Wir haben ein Wirtschaftswachstum, das über dem österreichischen Durchschnitt liegt, es läuft bei uns deutlich besser. Schauen Sie sich die Energiepreise an, es ist halt deutlich besser wie in anderen Bundesländern.

Das ist Ihr Nachteil. Ich verstehe schon, dass das weh tut, aber ich würde Ihnen trotzdem raten, hören Sie auf mit dieser Politik. Das bringt für Sie nichts. Für uns schon, aber da sind Sie eh selber schuld.

Also, worum geht es uns? Wir wollen die Versorgungssicherheit im Burgenland mit einem zusätzlichen zweiten Standort im Bezirk Neusiedl am See weiterausbauen und wir wollen, dass die Steuergelder sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig eingesetzt werden. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Herr Abgeordneter Fazekas, BA. Sie sind am Wort.

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Klubobmann Hergovich! Ja, wir reden heute über Elementares, wir reden über Wichtiges, denn Tatsache ist, wenn die Flugrettung abhebt, meine geschätzten Damen und Herren, dann geht es oft um Leben und Tod und das ist elementar.

Deswegen haben wir heute diese Sonderlandtagssitzung initiiert, weil die Burgenländerinnen und Burgenländer das Recht haben zu erfahren, ob die Versorgung im Bereich der Flugrettung gewährleistet ist. Deswegen ist diese Sitzung heute wichtig, denn sie hat gezeigt, dass diese Versorgungssicherheit offensichtlich gefährdet ist, meine geschätzten Damen und Herren.

Wenn Sie von Korruptionsvorwürfen reden, Herr Kollege Klubobmann Hergovich, *(Zwischenruf des Abg. Robert Hergovich)* dann rate ich Ihnen einen Blick nach Wien zu werfen, zu Ihren Parteikollegen, die einen Milliardenkandal zu verantworten haben, und ich bin auf die Untersuchungskommissionen und auf den Untersuchungsausschuss, *(Abg. Robert Hergovich: ÖVPler!)* wo diese Verantwortung auch aufgezeigt wird, meine geschätzten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Besser als die Plattform „Austrianwings.at“ kann man den heutigen Auftritt des Landeshauptmannes nicht zusammenfassen. Das ist vorher online gegangen. Ich zitiere: Doskopil schwadroniert Belangloses und wirft „Nebelgranaten“.

Meine geschätzten Damen und Herren! Dem ist heute nichts hinzuzufügen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Herr Landeshauptmann! Sie sprechen heute von Verantwortung, Sie sprechen in gewohnter Manier davon, dass Sie hergehen und die Verantwortung auf andere abschieben. Sie haben heute von der Ärzteflucht gesprochen, von der Personalfucht gesprochen, und ich möchte den Gedanken aufnehmen und Ihnen auch die Antwort dafür geben, was der tatsächliche Grund ist, warum die Ärzte und das Personal aus dem Burgenland davonrennen. Das ist Ihre Gesundheitspolitik, meine geschätzten Damen und Herren der SPÖ, die der Grund dafür ist, dass wir diese Ärzteflucht erleben.

Sie haben es zu verantworten, dass die Geburtsstation im Krankenhaus Oberpullendorf fast geschlossen wurde.

Sie haben es zu verantworten, dass massiv Betten in den burgenländischen Krankenhäusern reduziert wurden.

Sie haben es zu verantworten, dass das Brustkrebszentrum im Krankenhaus Güssing geschlossen wird.

Das, meine geschätzten Damen und Herren, sind die wahren Gründe für die Personal- und Ärzteflucht im Burgenland.

Diesen Kahlschlag haben Sie, meine geschätzten Damen und Herren von der SPÖ, zu verantworten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und wenn Sie heute kritisieren, dass das Bundesheer zu Tode gespart wurde, dann müssen Sie auch dazusagen, wer die Verantwortung dafür trägt.

Schauen wir uns an, wer Verteidigungsminister war, beispielsweise in den Jahren 2007 bis 2017: Darabos, Klug, Doskozil, meine geschätzten Damen und Herren, alles SPÖ-Minister, die das zu verantworten haben, was Sie heute kritisiert haben, Herr Landeshauptmann. *(Beifall bei der ÖVP)*

Eigentlich hätte ich mir heute nach dem Desaster rund um die Vergabe der Flugrettung erwartet, dass Sie, Herr Landeshauptmann, hergehen und dem Christophorus Flugverein den Zuschlag für die Flugrettung im Burgenland geben.

Sie gehen einen anderen Weg. Sie ziehen das Schweigen vor, das haben Sie heute unter Beweis gestellt. Sie verschleiern weiter und Sie gehen den Weg der politischen Brechstange.

Es geht um eines, es geht darum, dass ein roter Hubschrauber im Burgenland fliegt, es geht nur um die Farbe Rot unabhängig von der Frage, wie sicher und wie verlässlich dieser Hubschrauber ist, meine geschätzten Damen und Herren, und damit spielen Sie mit der Sicherheit, damit spielen Sie mit der Gesundheit der Menschen im Burgenland, und das ist in meinen Augen unerträglich.

Schauen wir uns die Tatsachen an. Zum Ersten, Ihre Zuschlagserteilung, Herr Landeshauptmann, für den roten Hubschrauber war rechtswidrig. Das sagt nicht die ÖVP, das sagt ein unabhängiges Gericht.

Ich habe erwähnt, dasselbe haben wir bei der Ausschreibung „Labor Burgenland“ erlebt, auch da hat es eine Rechtswidrigkeit gegeben, die das Landesverwaltungsgericht erkannt hat. Ein drittes Beispiel, im Fall Untersuchungsausschuss, rechtswidriges Streichen der Landtagspräsidentin Dunst. Rechtswidrigkeit ist was man mit dieser SPÖ-Alleinregierung verbindet.

Zum Zweiten, meine geschätzten Damen und Herren, es ist heute mehrmals erwähnt worden, aber es ist so zentral. Der von Ihnen bevorzugte rote Hubschrauber erbringt nicht den Nachweis der luftfahrtrechtlichen Genehmigung. Das heißt, er hat die Eignung nicht vorweisen können, dass er die Leistung erbringen kann, und das hat nichts mit einem Formalfehler zu tun, meine Damen und Herren, da geht es um technische Voraussetzungen, da geht es um personelle Voraussetzungen, da geht es um rechtliche Voraussetzungen.

Es kann auch kein Baumeister ohne Gewerbeberechtigung ein Haus bauen. Sie wollen diesen Anbieter, der die Voraussetzungen nicht erfüllt, den Zuschlag erteilen?

Die dritte Tatsache, meine geschätzten Damen und Herren, dieser rote Hubschrauber hat nicht nur eine fatale Sicherheitsbilanz, sondern er hat auch eine marode wirtschaftliche Bilanz.

Das sind schlicht und ergreifend die Tatsachen, die hier am Tisch liegen, und ich bin wirklich erstaunt, dass Sie angesichts dieser Tatsachen noch immer an diesem Anbieter festhalten.

Tatsache ist, meine geschätzten Damen und Herren, dass dieses Unternehmen in der Vergangenheit sehr oft in der Kritik gestanden ist. Der Kollege, Herr Klubobmann Ulram, hat das bereits erwähnt. Zahlreiche Abstürze mit Todesopfern, die Sicherheitsbilanz ist sehr getrübt, aber auch die wirtschaftliche Bilanz ist sehr marod, meine geschätzten Damen und Herren.

Ich frage mich schon angesichts dessen, ob niemand von Ihnen, meine geschätzten Damen und Herren der SPÖ, einen Blick in die Bilanzen dieser Unternehmungen geworfen hat. Denn würden Sie das tun, dann würden Sie heute nicht so ruhig sitzen, und, Herr Landeshauptmann, hätten Sie einen Blick in diese Bilanzen geworfen, dann hätten Sie eine Präferenz, nämlich nicht die für den roten Hubschrauber.

Ich möchte Ihnen das heute nicht ersparen, denn der Jahresabschluss zeigt deutlich auf, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieses Unternehmens nicht gegeben ist.

Ein Beispiel: Martin Flugrettung GmbH, im Geschäftsjahr Juni 2020 bis Mai 2021 ein negatives Eigenkapital in Höhe von 308.000 Euro, ein satter Bilanzverlust in der Höhe von 326.000 Euro und Verbindlichkeiten in Höhe von 625.000 Euro.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ein ähnliches Bild in der Muttergesellschaft, nämlich in der Heli Austria GmbH. Hohe offene Verbindlichkeiten in Höhe von 30 Millionen Euro. 30 Millionen Euro offene Verbindlichkeiten, ein Jahresfehlbetrag von knapp drei Millionen Euro und im Bestätigungsvermerk, meine geschätzten Damen und Herren, wird auf wesentliche Unsicherheiten in Bezug auf die Unternehmensfortführung hingewiesen.

Das sagt nicht die ÖVP. Das sagt der Wirtschaftsprüfer.

Wenn man sich das ansieht, Herr Landeshauptmann, dann muss man eine klare Präferenz haben, nämlich die für den verlässlichen Partner Christophorus Flugrettung, der seit 1983 über 22.000 unfallfreie Einsätze absolviert hat, meine geschätzten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Aber trotz dieser getrübteten wirtschaftlichen Bilanz, trotz dieser negativen Sicherheitsbilanz und trotz der Entscheidung eines Gerichts, dass Sie den Zuschlag rechtswidrig an diesen roten Hubschrauber erteilt haben, beharren Sie auf diesem Anbieter, anders kann man den heutigen Tag und die letzten Wochen nicht interpretieren. Und ich frage mich schon, warum Sie das tun?

Ein Ansatz ist vorher genannt worden, vom Kollegen Klubobmann Markus Ulram, nämlich die Frage, ob es vielleicht eine offene Rechnung gibt, weil die Flugrettung damals nicht zur Heeresaufgabe übergegangen ist, oder steckt ein größerer Deal, meine geschätzten Damen und Herren, dahinter?

Ich habe das in der letzten Landtagssitzung vom Sommer hier formuliert, nachdem es damals unwidersprochen geblieben ist, nehme ich an, dass das stimmt, was uns ein Whistleblower zugespield hat, nämlich, dass offensichtlich die Burgenland Energie, genau dieser Unternehmer, der künftig die Flugrettung im Burgenland absolvieren sollte, wenn

es nach dem Herrn Landeshauptmann geht, den Auftrag für die Überprüfung der 380-KV-Leitungen im Burgenland bekommen hat und im Gegenzug dafür hat offensichtlich die Martin Flugrettung bei der Flugrettungsausschreibung einen besseren Preis angeboten.

Es ist schon auffallend, meine geschätzten Damen und Herren, dass es genau der Preis war, dass es genau der Preis war, der Medienberichten zufolge, den Ausschlag für den rechtswidrigen Zuschlag an den roten Helikopter gegeben hat.

Jetzt stelle ich schon die Frage, Herr Landeshauptmann, war diese rechtswidrige Vergabe an den roten Hubschrauber Teil eines roten, großen Gesamtdeals?

Gab es hier vielleicht geheime Absprachen, und hat die Burgenland Energie hier ein lukratives Geschäft gegeben?

Wenn dem so ist, meine geschätzten Damen und Herren, dann ist es ein lupenreiner Skandal, den Sie aufzuklären haben, meine geschätzten Damen und Herren von der SPÖ. *(Beifall bei der ÖVP)*

Es geht um viel. Es geht um die Gesundheitsversorgung.

Es geht um die Sicherheit, und es geht um das Steuergeld der Burgenländerinnen und Burgenländer.

Es ist heute mehrmals gesagt worden, der Christophorus Flugrettungsverein war und ist ein verlässlicher Partner. Er hat sich in der Vergangenheit bewiesen, und diese Partnerschaft sollte aus unserer Sicht auch weitergeführt werden.

Tun Sie das nicht, Herr Landeshauptmann, dann muss Ihnen klar sein, dass Sie alleine, Sie alleine die völlige und alleinige Verantwortung tragen.

Was nach dem heutigen Tag jedoch feststeht, meine geschätzten Damen und Herren, ist, dass diese rote Politik der Brechstange in die nächste Runde geht.

Es geht offensichtlich in dieser Frage nur um eines, nämlich um einen roten Hubschrauber, es geht um persönliche Befindlichkeit und nicht um die Interessen der Burgenländerinnen und Burgenländer. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke schön. Nunmehr darf ich den zweiten Präsidenten des Landtages, Herrn Abgeordneten Rosner ans Rednerpult bitten. Er ist der vorläufig letztgemeldete Redner.

Abgeordneter Georg Rosner (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Werte Mitglieder der Landesregierung! Wir reden heute über die Flugrettung im Burgenland, und ich darf Ihnen, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, eine Geschichte erzählen. *(Abg. Ilse Benkö: Aber kein Märchen!)*

Der Herr Klubobmann Hergovich sagt, wir sind in einer Märchenstunde, und die Geschichte der ÖAMTC-Flugrettung begann vor rund 40 Jahren in Innsbruck mit dem Christophorus 1, mittlerweile gibt es in Österreich 17 ganzjährig betriebene Stützpunkte, die für eine flächendeckende Hilfe per Notarzt-Hubschrauber sorgen.

Es gibt den Christophorus 1 bis 17, den 13. gibt es nicht, das ist im Fluggeschäft so, dass die 13 nicht verwendet wird.

Zur Statistik. Im Jahr 2021 hat die Flotte der ÖAMTC-Flugrettung österreichweit exakt 19.253 Einsätze abgehalten. Das sind so viele wie nie zuvor und die Steigerung von elf Prozent gegenüber 2020.

Im Schnitt sind pro Tag 53 Einsätze, das ist eine gewaltige Zahl, und hier kann jede und jeder froh sein, dass es die Gelben Engel, wie man sie landauf, landab ja bezeichnet, gibt. Denn im Notfall zählen oft wenige Sekunden.

Aber zurück zum Burgenland. Im Burgenland ist derzeit ein Nothubschrauber stationiert und zwar in Oberwart, in meiner Heimatgemeinde, und hier geht meine Geschichte weiter.

Der Christophorus 16 flog im Jahr 2021 1.095 Einsätze. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Anstieg von 17 Prozent. Damit zeigt sich, dass der ÖAMTC-Notarzthubschrauber aus dem Südburgenland für die Menschen nicht mehr wegzudenken ist.

Das Nordburgenland hat bis dato zwar keine eigenen Stützpunkte, wird aber seit vielen Jahren von den Christophorus-Hubschraubern aus Wien und aus Wiener Neustadt mitbetreut. Auch diese beiden fliegen hunderte Einsätze im Jahr.

Dann habe ich mir die Bilanz des ÖAMTC angeschaut und etwas recherchiert, und ich kann eines klar vorwegschicken: Die Bilanz ist tadellos. Kein einziges Mal hat es ein Problem gegeben, immer gab es vollste Zufriedenheit von allen Seiten. Hier zeigt sich für mich persönlich, dass die lange Erfahrung des ÖAMTC eine entscheidende Rolle spielt, die man nicht leichtfertig über Bord werfen sollte.

Eines muss man bei so einem sensiblen Thema immer bedenken, hier geht es nicht nur darum, dass ein Helikopter nachher ein anderes Unternehmen oder eine andere Farbe hat. Nein, absolut nicht. Hier spielen ganz viele Dinge mit. Hier geht es um ein kompliziertes Zusammenspiel von verschiedenen Akteuren: der Stützpunkt, die Crew, die Ärzte, die Piloten, der ganze Ablauf, die Ausrüstung und die Erfahrung.

Mit einer Neuvergabe wäre das alles mehr oder weniger weg und müsste alles neu aufgebaut werden. Auch in Oberwart.

Warum kann ich das alles sagen? Ich war heute Vormittag extra noch einmal beim Stützpunkt draußen in Oberwart und habe mir ein Bild der Lage gemacht.

Der ÖAMTC und alle Mitarbeiter des Stützpunktes leisten hier Großartiges. Und ich möchte dieses perfekte Zusammenspiel noch an einer Geschichte, die ich auch heute erfahren und gehört habe, verdeutlichen. Es gab vor kurzem einen Rettungsflug mit einem kleinen Buben, der durch einen Gehirntumor einen Notarzthubschraubereinsatz benötigte. Beim Landeanflug im Krankenhaus Wien, im Schwerpunkt-Krankenhaus Wien, gab es einen sogenannten Vogelschlag. Das heißt, ein Rotor ist mit einem Vogel zusammengestoßen. Nach so einem Ereignis, muss der Rettungshubschrauber sofort vollständig überprüft werden, bevor er wieder in Einsatz gehen oder weiterfliegen kann.

Wie läuft das beim ÖAMTC? Innerhalb von wenigen Minuten war das ÖAMTC Serviceteam da, und innerhalb von wenigen Minuten hat der ÖAMTC einen Einsatzhubschrauber zur Verfügung gestellt.

Jetzt frage ich Sie: Kann das auch ein Anbieter, der vorwiegend im Westen Österreichs stationiert ist, ebenso garantieren? Ich glaube, dass das ganz entscheidende Dinge sind. Das schnell, wenn was ist, auch ein Ersatz da ist.

Kann er bei einem Zwischenfall mit ähnlichen Problemen garantieren, dass sofort Ersatz kommt? Das gibt es auf jeden Fall zu bedenken, und ich bitte Sie, machen Sie sich am Stützpunkt in Oberwart selbst ein Bild von der Lage.

Oder nutzen Sie das jährlich stattfindende Stützpunktfest. Ein Stützpunktfest, wo hunderte Menschen, wirklich hunderte, gerne einmal hinter die Kulissen schauen, hinter die Kulissen des Christophorus-Hubschraubers blicken. Und was soll ich Ihnen sagen? Was sie sagen? Alle sind begeistert. Wirklich alle sind begeistert, wie das super funktioniert. Wirklich alle!

Hier ist meine Geschichte fast zu Ende. Aber jede Geschichte hat immer auch eine Zusammenfassung und einen Appell. So auch meine.

Der ÖAMTC leistet mit seiner Flugrettung seit fast 40 Jahren ausgezeichnete Arbeit. Alle Menschen, egal ob Rot, Schwarz, Türkis, Blau, GRÜN, Pink, Orange und so weiter, sie alle vertrauen auf die ÖAMTC Flugrettung und ihre Fähigkeiten, vor allem auf die rasche und professionelle Hilfe, die schon vielen das Leben gerettet hat.

Ich möchte mich auch hier an dieser Stelle bei allen Stützpunktmitarbeitern auf das Allerherzlichste bedanken.

Mein Appell an Sie alle, bevor Sie gut funktionierende Dinge zerstören. Schauen wir uns an, ob es gut oder schlecht läuft. Ob die Menschen zufrieden oder nicht zufrieden sind. Ob das Angebot passt oder nicht.

Wenn alles passt, dann bleiben wir doch bei Altbewährtem beziehungsweise bleiben wir doch beim Christophorus, der sich ständig weiterentwickelt und einfach ausgezeichnete Arbeit leistet. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke schön. Ich darf nunmehr den Herrn Abgeordneten Mag. Dr. Roland Fürst ans Rednerpult bitten.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Werte Landesregierung! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseher zu Hause! Ich habe versucht, mich inhaltlich elaboriert, noch einmal einzugehen über die Dringlichkeit dieses Sonderlandtages mich vorzubereiten. Ich habe aber das jetzt verworfen, weil eigentlich vieles schon gesagt worden ist. Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, um ein paar Hinweise zu geben.

Ich lade alle Zuseher ein, sich das Video, wenn es dann online ist, in ein paar Tagen, vom Herrn Fazekas anzuschauen, weil das war so verräterisch und so schön, der hat dort ein Bild gezeichnet wie ein Medienstar. Nur muss ich mittlerweile aufpassen, dass man kein Land mehr beleidigt, ja, in Zeiten wie diesen überhaupt, dort, wo Rechtsstaatlichkeit keine Rolle spielt.

Das heißt, wenn ich es jetzt richtig verstanden habe, war es so, dass die Burgenland Energie dem Unternehmen, dem Flugretterunternehmen, einen Deal versprochen hat, weil sie eine KV-Leitung legen sollte. Um diesen Preis hat dann diese Hubschrauberorganisation, diese Firma, dann ist dann weniger geworden, und daher haben die den Zuschlag bekommen? Also so denken Türkise. *(Zwischenruf des Abg. Markus Ulram)* So habt Ihr die Bundesregierung an die Wand gefahren und so ist türkise Korruption. So denken türkise Korrupte und sonst niemand. *(Beifall bei der SPÖ)*

Allein, nur damit man es den Zusehern sagt, also noch einmal, noch einmal das Statement. Uns ist vollkommen wurscht, wer den Zuschlag kriegt. Es wird der den Zuschlag kriegen, der das beste Angebot liefert *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist eigentlich schon klar, wer das ist. - Abg. MMag. Alexander Petschnig: Es gibt ja nur ein Angebot.)* und der die Flugsicherheit und die Versorgung im Norden und Süden garantiert. Punkt.

Aber was macht Ihr? Ihr geht her und der Herr Landeshauptmann hat ja das wohlweislich gesagt, dass Ihr als sogenannte ehemalige Wirtschaftspartei und ruiniert dort ein Unternehmen. Ihr suggeriert, Ihr müsst Euch vorstellen, Ihr suggeriert mit den roten Hubschraubern, dass das eine SPÖ-nahe Organisation oder ein SPÖ-nahes Unternehmen ist. So schwach seid Ihr aufgestellt, dass Ihr keine andere Argumentation findet, wie zu sagen, die sind quasi rote Hubschrauber, die müssen irgendetwas mit dem roten Burgenland zu tun haben.

Also so blöd ist mittlerweile wirklich niemand, und das zeigen ja die Meinungsumfragen. (*Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP - Abg. Markus Ulram: He, Frau Präsidentin!*) Einen Ordnungsruf gebe ich mir selber. So verwirrt ...

Präsidentin Verena Dunst: Herr Abgeordneter! Darf ich Sie ermahnen, auf Ihre Wortwahl zu achten! (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Das war ein Blödsinn.*)

Abgeordneter Mag. Dr. Roland FÜRST (SPÖ) (*fortsetzend*): Natürlich. Es ist schon spät, Frau Präsidentin, Entschuldigung.

So verwirrt sind mittlerweile keine Wähler und Wählerinnen mehr, um auf diese plumpen Tricks hereinzufallen. Wenn Sie einen Blick machen, und ich verteidige das Unternehmen nicht, aber ich habe mich ein bisschen erkundigt. Darf ich versprechen, dieses Unternehmen kommt ganz woanders her. Das ist von uns ganz weit weg. Die fliegen seit Jahrzehnten in drei kernschwarzen Bundesländern. In Salzburg, in Oberösterreich, in Tirol. Also so weit zu dieser perfiden, dem Versuch da, einen parteipolitischen Konnex herzustellen. (*Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP*) Aber das ist typisch für Euch!

Der Herr Ulram, der Klubobmann, vergleicht es mit einem Skirennen. Ja, zugegeben, ein schwacher Vergleich.

Versuchen wir es vielleicht so, dass wir es verstehen. Wenn man bei diesem Skirennen nach dem 3., 5., 6. Läufer darauf gekommen ist, dass die Zeitmessung nicht stimmt, das kommt vor, dann bekommt nicht automatisch der Zweite den Zuschlag, sondern dann wird das Rennen wiederholt. (*Abg. Markus Ulram: Die Zeitmessung hat ja gestimmt.*) Dann wird das Rennen wiederholt. Ja. Dass Ihr es auch versteht. (*Beifall bei der SPÖ - Abg. Markus Ulram: Die Uhr ist richtig gegangen, nur Ihr habt an der Uhr gedreht.*)

Ganz wichtig ist mir noch zu erwähnen, weil ich das ja im Grunde nicht verstehe, Ihr müsst Euch vorstellen, der Herr Landeshauptmann hat das vollkommen richtig gesagt, mittlerweile schweigt ja die Industriellenvereinigung, die Wirtschaftskammer im Burgenland, weil sie sich für Euch offensichtlich genieren.

Nämlich im Bund schlagen sie Alarm, weil ja die Unternehmen, mittlerweile ein Unternehmen nach dem anderen staccato die Produktion zurückfahren muss, teilweise Insolvenz anmeldet, deswegen weil sie die Energiepreise nicht mehr zahlen können. (*Abg. Johann Tschürtz: Durch die Sanktionen verstärkt ...*) Jetzt haben wir einen aktuellen Fall im Südburgenland, wo jetzt Kurzarbeit angemeldet worden ist, weil eben die Gaspreise so teuer geworden sind.

So und jetzt muss man diesen Menschen aber ganz klar sagen, wer verhindert, da gibt es einen Ausweg, nämlich dass man die erneuerbaren Energieträger, die man zur Verfügung hat, das ist Photovoltaik und das ist die Windkraft, und die gehören massiv ausgebaut. Nur wer das jetzt noch nicht begriffen hat, der, muss ich sagen, hat in der Politik nichts verloren. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Was hat das jetzt mit der Flugrettung zu tun?*)

Was macht Ihr? Was macht Ihr? Ihr lobbyiert und tritt komplett massiv gegen den Ausbau von PV-Anlagen ein. Der Herr Vizebürgermeister, Euer Vizebürgermeister, der Herr Mondschein, Alois Mondschein, ja, von Güssing, will ja Bürgermeister werden. Und er hat versprochen, wenn er Bürgermeister wird, wird er diese bereits genehmigte PV-Anlage verhindern und stoppen.

Ich sage Euch, da werden sich die Unternehmen bei Euch bedanken. Da werden sich aber die vielen Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer bedanken, weil dann dort die Werke zugesperrt werden. Wenn Ihr an die Macht kommt, dann wird es dunkel im Burgenland. Das will keiner.

Wir wollen, dass es hell bleibt und dass die Sozialdemokratie auch bei den Wahlen entsprechend zulegen wird. *(Beifall bei der SPÖ - Zwischenruf des Abg. Markus Ulram - Abg. MMag. Alexander Petschnig: Schicken wir den roten Hubschrauber runter.)*

Ein Wort noch zur Kollegin Petrik. Also ich habe jetzt, ich habe nicht schlafen können letzte Woche und habe mir eine Dokumentation über Nordkorea angeschaut. Das hat mich jetzt ein bisschen erinnert, dieses Bild, was Sie gezeichnet haben vom Burgenland, *(Zwischenruf der Abg. Mag.a Regina Petrik)* ja, also wenn ich jetzt hier wäre und würde das Burgenland nicht kennen, würde ich überlegen, wo leben wir denn da? Also da wird kontrolliert, da wird gebasht, da werden, vielleicht unterstellen Sie uns nächstes Mal, dass wir die Leute foltern, die nicht in der Sozialdemokratie mitarbeiten wollen, oder sonst irgendetwas.

Das ist peinlich, was Sie hier da aufführen. Ich darf Ihnen sagen, ganz genau das Gegenteil ist der Fall. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das ist peinlich, nein, ich weiß eh.- Zwiegespräche bei den grünen Abgeordneten)*

Ich darf Sie verweisen, unser grüner Spitzenkandidat in Jennersdorf - hören Sie mir zu -, unser Spitzenkandidat in Jennersdorf, den wir jetzt haben, der war einmal bei den GRÜNEN. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dafür hat der Frankenaauer Vizebürgermeister ... übermalt. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Der war bei der Liste sogar oben und hat 400 Vorzugsstimmen bekommen. Das ist viel. Der hat mir jetzt erklärt, warum er von den GRÜNEN weggegangen ist. Das soll er Dir aber persönlich im Gespräch sagen, weil da würdest Du ein paar Lehren ziehen können für die Zukunft, dass Ihr vielleicht ein bisschen stärker werdet *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Frag den Frankenaauer Spitzenkandidaten, was der gemacht hat! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)* und irgendwann einmal dann auch ein Stück weit von dieser pharisäerhaften Moral, moralingesäuerten Predigt herunterkommt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der hat sich selbst draufgepickt. So schaut es aus. - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)* Das will in Wirklichkeit niemand hören. *(Zwischenruf der Abg. Mag.a Regina Petrik)*

Ja, vielleicht kannst Du den nennen. Denn Du nennst ja hier niemanden mehr. Du schüttetest ja da über das ganze Burgenland, Du schüttetest das übers ganze Burgenland - mit Dreck. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Frankenaauer Spitzenkandidat der SPÖ. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Weil Du niemanden nennst. Das ist ja das Peinliche.

Präsidentin Verena Dunst: Herr Abgeordneter Fürst. Sie sind am Wort, man versteht Sie nicht mehr, weil da drei und vier Parallelreden laufen.

Darf ich jetzt bitten, dem Abgeordneten Fürst zuzuhören und alle einzuladen, die gerne heraußen reden wollen, aber dann bitte melden.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ) (*fortsetzend*): Ich wäre schon längst am Schluss, aber der Kollege Steiner (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich will Dir nur sagen, der Frankenauer Spitzenkandidat der SPÖ hat den Doskozil ... - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) alteriert sich wieder offensichtlich.

Präsidentin Verena Dunst: Herr Dr. Fürst, setzen Sie bitte fort.

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ) (*fortsetzend*): Ich würde vielleicht, lassen wir den Kollegen Steiner noch reden. Mit den Farben haben Sie es, die Schwarzen, Türkisen, jetzt plakatieren Sie in violett, lassen das ÖVP weg, ist gut so.

Uns ist es wichtig, noch einmal zusammengefasst, noch einmal. Bei uns funktioniert die Rechtsstaatlichkeit, kann man sich darauf verlassen. Der Landes-Rechnungshof wurde eingeschaltet, es wird überprüft. Es gibt ein komplett faires, rechtsstaatliches, ich weiß, dass Ihr Euch das überhaupt nicht vorstellen könnt, darum ist es gut, dass Ihr dort seid, wo Ihr seid, in der Opposition, und dass Ihr die nächsten Jahrzehnte im Burgenland nichts zu reden habt. (*Beifall bei der SPÖ - Abg. Mag. Thomas Steiner: Schauen wir einmal.*)

Präsidentin Verena Dunst: Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Keine Wortmeldungen, keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Ich darf daher ganz klar die Debatte über die dringliche Anfrage beenden.

Die Anfrage habe ich natürlich gemäß § 29 GeOLT zur schriftlichen Beantwortung an den Herrn Landeshauptmann übermittelt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt, meine Damen und Herren.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben. Sie wissen, dass die nächste Sitzung am 22. September 2022 vorgesehen ist.

Ich erkläre damit die heutige Sitzung und damit die außerordentliche Tagung für geschlossen und ersuche die Präsidialkonferenzmitglieder gleich hierzubleiben. Danke, schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 19 Uhr 42 Minuten